

Parlament will die Hamas verbieten

- 20.12.2023
- Aargauer Zeitung / Aarau-Lenzburg-Zofingen

Die Schweizer Politik ist bekannt für ihre Langsamkeit. Beim Verbot der radikalislamischen Hamas hingegen drücken Bundesrat und Parlament aufs Tempo. Lange forderte einzig die SVP ein solches. Doch die Terrorattacke vom 7. Oktober auf Israel veränderte die offizielle Haltung der Schweiz.

Und so stimmte gestern nach dem Ständerat auch der Nationalrat einer entsprechenden Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission zu. Er tat das, wie schon der Ständerat, in seltener Einmütigkeit. Zu reden gab einzig, weshalb der Bundesrat denn ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren macht. Insbesondere SVP-Vertreter äusserten ihr Unverständnis darüber. Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH) etwa sagte, der Bundesrat würde ein falsches Zeichen aussenden, wenn er das Thema in die Länge ziehe.

Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider wehrte sich gegen den Vorwurf der Verzögerung. Der Bundesrat habe bereits vier Tage nach dem Angriff die Hamas als Terrororganisation qualifiziert. Im November erfolgte dann der Entscheid, ein Gesetz auszuarbeiten, das spezifisch auf die Hamas als Terrororganisation zielt. Der Bundesrat verfolge drei Ziele: die Stärkung der Strafverfolgung, die Verstärkung der präventivpolizeilichen Massnahmen und die Verstärkung des Kampfes gegen die Terrorismusfinanzierung. Gemäss dem Nachrichtendienst des Bundes sei die Hamas in der Schweiz nicht aktiv.

Es gebe also keinen ausreichenden zeitlichen oder sachlichen Grund, das Verbot für dringlich zu erklären, sagte Elisabeth Baume-Schneider. Der Bundesrat wird das Gesetz zum Hamas-Verbot Ende Februar in die Vernehmlassung schicken, (chm).